

Weltinstitut

Kooperation bei Entwicklungsprojekten

Ein neues Gemeinschaftsunternehmen von Sparkassen soll gemeinsames Know-how in internationale Projekte einbringen.

Das Weltinstitut der Sparkassen, die Sparkassenstiftung für internationale Kooperation und die spanische Caixabank haben in der belgischen Hauptstadt Brüssel ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, um gemeinsam Entwicklungsprojekte in aller Welt durchführen zu können.

Hintergrund der Zusammenarbeit sei, dass in vielen Ländern das Interesse an Sparkassen als sozial verantwortlichen Kreditinstituten steige und Hilfen beim Aufbau dieser Retailinstitute angefragt würden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der drei Institutionen.



Sie haben den Anstoß für einen weiteren Schritt der Kooperation gegeben (von links): Antonio Massanell, Joan Rosas (Caixabank), Heinrich Haasis, Chris de Noose, Niclaus Bergmann und Johan Opsomer (Weltinstitut). Foto: DSGV

nationaler als auch internationaler Ebene.“ Die Caixabank sei im Online- und Mobile Banking führend, so Massanell. Die deutsche Sparkassenstiftung für internationale Kooperation habe erfolgreich zur Etablierung dezentraler Bankstrukturen in rund 30 Ländern beigetragen, fügte der Bankmanager hinzu.

Erfolgreiche Arbeit in vielen Ländern

Die neu gegründete WSBI Retail Banking Advisory Services (Weltinstitut der Sparkassen – Retail-Banking-Beratungsleistungen) hat ihren Sitz in Brüssel. Ihr Präsident wird Heinrich Haasis, Vizevorsitzender wird Antonio Massanell.

Das Weltinstitut der Sparkassen vertritt die Interessen von 600 Sparkassen und Retailbanken. Die aggregierte Bilanzsumme dieser Institute belaufe sich auf 14 Billionen Dollar, sie betreuen rund eine Milliarde Kunden in 80 Ländern. Im Fokus der Arbeit stünden Regulierungsfragen mit Bezug auf Sparkassen und Retailbanken. Ziel sei es, den Zugang zu und Umgang mit Finanzdienstleistungen zu verbessern.

Lokale und regionale Strukturen stärken

Durch die Bündelung von Kräften aus Deutschland und Spanien gemeinsam mit dem Weltinstitut der Sparkassen soll ein international schlagkräftiges Beratungsnetzwerk entstehen, heißt es weiter. Damit könnten etwa lokale und regionale Bankenstrukturen wie Mikrofinanzinstitute gestärkt, die finanzielle Teilhabe erhöht und Finanzbildung verbessert werden.

„Unter der Dachmarke des Weltinstituts der Sparkassen können wir unser Know-how künftig auch gemeinsam bei internationalen Projekten einbringen“, sagte Heinrich Haasis, Präsident des Weltinstituts der Sparkassen und Vorstandsvorsitzender der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation. „Die neue Plattform ist mehr als die Summe ihrer Einzelteile

und eine interessante Adresse für Entwicklungsprojekte im Finanzdienstleistungsbereich.“

Sparkassen sind ein Exportschlager

„Das Modell Sparkasse ist ein Exportschlager“, so Niclaus Bergmann, Geschäftsführer der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation. „Unsere

Erfahrungen sind gefragt in Europa und in vielen Entwicklung- und Schwellenländern. Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir diese Erfahrungen weitergeben.“

Antonio Massanell, Vizechef der Caixabank, erklärt: „Das neue Beratungsunternehmen bringt drei starke Player näher zusammen, die alle jeweils eine beachtliche Erfolgsgeschichte hinter sich haben, sowohl auf

Die Reformdebatte ist wieder eröffnet

Altersvorsorge. Die Rente steigt und wird zum Wahlkampfthema.

Thomas Rosenhain

Die Bundesregierung hat die stärkste Rentenerhöhung seit 23 Jahren auf den Weg gebracht. Gleichzeitig positionieren sich die Parteien, um das Thema im Wahlkampf für sich zu nutzen. Dabei haben sowohl Vertreter der SPD als auch aus der CSU die Riester-Rente für „gescheitert“ erklärt.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat eine umfassende Reform des Rentensystems gefordert und dabei eine Mindestrente angeregt. „Die muss kommen, weil sie die Schwester des Mindestlohns ist“, sagte Gabriel.

„Riester ist gescheitert“, hatte CSU-Chef Horst Seehofer schon vor Tagen erklärt. Er forderte wie Gabriel, dass die gesetzliche Rente wieder im Zentrum der Überlegungen einer Reform stehen müsse. Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung solle privat fürs Alter vor.

Laut einer WDR-Studie droht jedem zweiten Bürger in Deutschland die Altersarmut. Das hält DIW-Experte Johannes Geyer jedoch für übertrieben. Allerdings sieht auch er, dass Altersarmut für eine „relevante Minderheit“ ein drohendes Schicksal sei.

Vor allem Menschen im Niedriglohnssektor oder Erwerbslose

dürften davon betroffen sein, erläutert Geyer. Ähnliches gelte für gebrochene Erwerbsbiografien. Diese träfen gerade Bürger aus Ostdeutschland aufgrund der Wendejahre überproportional, zudem seien hier relevante Erbschaften seltener.

Schließlich seien krankheitsbedingte Frühverrentungen ein Problem, fügt der DIW-Ökonom hinzu. Hier gebe es tatsächlich ein Problem der Riester-Rente, denn mit ihr sei keine Berufsunfähigkeitsversicherung verbunden.

Franz Wirnhier, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern, hat angesichts der aktuellen Debatte an die Politik appelliert, die Fördereffizienz der Eigenheimrente nicht zu übersehen. „Wohn-Riester ist eine Erfolgsgeschichte“, so Wirnhier.

In der Debatte werde die Riester-Förderung teilweise sehr undifferenziert infrage gestellt, warnte der LBS-Chef. Vor allem müsse ganz schnell klargestellt werden, dass sich diejenigen unter den 16 Millionen Riester-Sparern, die sich um die private Ergänzung ihrer Altersvorsorge kümmern, jetzt nicht sorgen müssten, sie würden ihre Ansprüche verlieren. Die Menschen dürften „nicht verunsichert oder gar vor den Kopf gestoßen werden“, mahnte Wirnhier.

KOMMENTAR – ALTERSVORSORGE

Riester lohnt sich weiter

Die Botschaft aus der Politik ist verheerend: Riester-Rente ist gescheitert. Diese verkürzte Formel bleibt bei den Menschen hängen. Doch das ist wohl nicht ernsthaft beabsichtigt.

Weder CDU/CSU noch die SPD wollen die private und staatlich geförderte Altersvorsorge abschaffen. Es sind markige Sprüche, die bereits einen Vorgeschmack darauf geben, wie über die Rente diskutiert wird, wenn sie zum Thema im Bundestagswahlkampf wird.

Die großen Erwartungen an die Riester-Rente seien nicht erfüllt worden, dämpfte etwa Arbeitsministerin Andrea Nahles ihre Kritik im Nachhinein ab. Dabei haben Experten, unter anderem die Sparkassen, seit Jahren darauf hingewiesen, wo die Probleme liegen.

Vor allem die hohen bürokratischen Hürden, um in den Genuss der Förderung zu kommen, sind ein Hemmnis. Und dennoch gehört das Riester zum Vorsorgemix der Bürger. Rund 16 Millionen Verträge

werden derzeit bespart.

Allerdings wird es weniger einfach, Kunden von den Vorzügen eines staatlich geförderten Vorsorgeprodukts zu überzeugen, wenn Vertreter des Staates sich so wenig davon überzeugen zeigen.

Eine Überlegung der Politik wird sicher sein, private Vorsorge verpflichtend zu machen. Das wäre ein falsches Signal. Es mag gute Gründe geben, dass sich Menschen gegen das Riester-Sparen entscheiden.

Menschen gegen das Riester-Sparen entscheiden.

Die Angst vor Altersarmut ist da, und sie ist wohl berechtigt. Doch es gibt Menschen, die aufgrund ihrer geringen Einkünfte kein nennenswertes Kapital aufbauen können und im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind.

Derzeit beziehen diese nur drei Prozent - im historischen Vergleich sehr wenig. Die Zahl wird steigen, ob mit oder ohne Zwangsvorsorge. Für alle anderen gilt: Riester lohnt sich. Die Förderung kann fünfstelligen Beträge ausmachen.

Wie soll ein Anbieter seine Kunden von den Vorzügen eines staatlich geförderten Vorsorgeprodukts überzeugen, wenn der Staat nicht überzeugt davon ist?

Thomas Rosenhain



Hausbau mit Förderung. Selbst „Finanztest“ hatte ausgerechnet, dass der wirtschaftliche Vorteil eines Riesters bis zu 50 000 Euro betragen kann.

Foto: dpa